

## Bürger fühlen sich oft von Verwaltungen allein gelassen

### Rückblick des Bürgerbeauftragten auf das Jahr 2009



Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Schubert legte kürzlich seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009 vor. Anhand vieler Beispiele dokumentiert der Bericht die Arbeit des zurückliegenden Jahres. Doch nur einige der 1437 Anliegen, Bitten und Beschwerden, die an den Bürgerbeauftragten im Laufe des Jahres 2009 gerichtet wurden, können ausführlich dargestellt werden. Wie in den Vorjahren bilden Petitionen zum Themenbereich soziale Sicherung erneut den Schwerpunkt der Tätigkeit. Zahlreich und oft besonders gravierend sind die Bitten um Hilfe von Arbeitslosen und so genannten „Aufstockern“.

Bernd Schubert: „Bürger, die auf Arbeitslosengeld II oder Grundversicherung angewiesen sind, haben keine Reserven, um trotz ausbleibender oder gekürzter Leistung über die Runden zu kommen. Die Prüfung, ob die Verwaltung rechtmäßig gehandelt hat, ist für mich in diesen Fällen immer besonders eilbedürftig und der direkte Draht zur handelnden Verwaltung umso wichtiger.“

Auch im 20. Jahr nach der politischen Wende in Deutschland wurden die Bitten um Unterstützung in Rehabilitierungsverfahren für während der DDR-Zeit erlittenes Unrecht an den Bürgerbeauftragten herangetragen. Hauptschwer-

punkt der Arbeit in diesem Bereich liegt in der Beratung, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, welche Behörde zuständig ist und wie sich der Verfahrensablauf gestaltet. Viele Nachfragen und eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2009 nahm der Bürgerbeauftragte in Abstimmung mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zum Anlass, auf die Möglichkeit von Entschädigungen für den zwangsweisen Aufenthalt in DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen aufmerksam zu machen. Die daraufhin einsetzende Flut von Nachfragen machte die immer noch bestehende Aktualität des Themas deutlich.

Beschwerden über fehlerhafte Rechtsanwendung, wie bei unzulässigen Aufrechnungen durch die Finanzverwaltung, oder mangelnde Beratung, wie bei den Rückkehrern nach beruflich bedingtem längeren Auslandsaufenthalt, wurden ebenfalls häufiger vorgetragen. Gerade die Beratungsfunktion der Verwaltung wird noch zu oft vernachlässigt und Bürger, die darüber berichten, fühlen sich allein gelassen und missachtet.“ Der Aufgabe, diesen Eindruck zu korrigieren, der ich mich fasst täglich stellen muss“, so Bernd Schubert, „sollten sich auch die Verwaltungen noch mehr widmen.“

## Flachbildschirm statt Kindeswohl

Eine Lesermeinung

Durch die Vielfältigkeit der Beiträge hat sich der Strohhalm zu einem großen Lesevergnügen entwickelt. Über einige Artikel kann der Leser schmunzeln, andere regen zum Nachdenken an. Da ich leidenschaftlich gern lese, genieße ich die aktuellen Buchtipps und wenn ich an die nostalgische Rostock-Seite denke, komme ich ins Schwärmen.

In Ihrer Februarausgabe hat mich das Schicksal des kleinen Max sehr bewegt („Diesen Sony-Recorder,



den brauch' ich“). Leider ist das Schicksal dieses kleinen Jungen kein Einzelfall. In einer Kindertagesstätte wird ergänzend zum Elternhaus der Grundstein für die spätere Entwicklung des Kindes gelegt. Das Kind wird durch gezielte pädagogische Arbeit in der Kindergemeinschaft spielerisch auf das kommende Leben vorbereitet. Was ist das für eine Liebe, wenn man seinem Kind so eine Chance verweigert und den Kauf eines Flachbildfernsehers und eines Sonyrecorders vorzieht? So viel Dummheit kann es doch gar nicht geben! Die Kinderarmut in unserem Land muss bekämpft werden. Die Kinder sind unsere Zukunft und sie dürfen nicht die Verlierer dieser Gesellschaft sein. Vielleicht könnte man Gutscheine, die nur auf die Bedürfnisse des Kindes zugeschnitten sind ausgeben? So wird dem Kauf von Genussmitteln beziehungsweise dem Kauf unwichtiger Dinge ein Riegel vorge-schoben.

Helga Frahm